



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von Manfred Hitzeroth

Eine Lanze für das Pflegepersonal in Krankenhäusern bricht der Stuttgarter Mathias Erlemann – und das aus gegebenem Anlass. Seine 83-jährige Mutter war mit einem Oberschenkelhalsbruch in das Diakoniekrankenhaus im Marburger Stadtteil Wehrda eingeliefert worden und musste dort vier Wochen lang auf der Station bleiben. Die Pfleger und die Ärzte hätten sich in dieser Zeit vorbildlich und jederzeit hilfsbereit und geduldig um die Patientin gekümmert, lobt Erlemann und verbindet das mit einem Dankeschön. Von dem vielbeschworenen Pflegenotstand könne also in diesem Fall keine Rede sein.

Historiker entsetzt: BND-Akten weg

Von André Spangenberg

Marburg. Forscher schlagen Alarm: Beim Auslandsgeheimdienst BND sind im Jahr 2007 zahlreiche historische wertvolle Akten vernichtet worden. Nach Angaben der unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) handelt es sich um 250 Personalakten mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus.

Erst im Februar hatte eine vierköpfige Historikerkommission ihre mehrjährige Arbeit aufgenommen, um die Frühgeschichte des Bundesnachrichtendienstes zu durchleuchten. Dort waren nach Gründung zunächst zahlreiche Nazis beschäftigt worden. Jetzt sollen der Marburger Neuhistoriker Wolfgang Krieger sowie dessen Forscherkollegen Jost Dülfer (Köln), Rolf-Dieter Müller (Potsdam) und Klaus-Dietmar Henke (Dresden) die Zeit zwischen 1945 und 1968 aufarbeiten. Wolfgang Krieger ist seit 1995 Professor für Neuere Geschichte in Marburg und gilt als einer der führenden deutschen Experten für die Geschichte der Nachrichtendienste.

Der Bundesnachrichtendienst bestätigte den Vorgang und nannte ihn „bedauerlich und ärgerlich“. Die vernichteten Personalakten hätten allerdings nur einen Umfang von etwa zwei Prozent des für das Geschichtsprojekt relevanten Bestandes. Sie seien seinerzeit als „nicht archivwürdig“ eingestuft worden. Der Vorsitzende des für die Geheimdienstkontrolle zuständigen Bundestagsgremiums, Thomas Oppermann, zeigte sich entsetzt.

Erste Recherchen zeigen unterdessen, dass unter den vernichteten Akten auch Unterlagen von Personen gewesen sind, die in der NS-Zeit „signifikante geheimdienstliche Positionen“ hatten, darunter in der SS oder der Gestapo. „Darunter befinden sich auch BND-Mitarbeiter, gegen die der BND in den sechziger Jahren selbst Ermittlungen wegen schwerer NS-Belastung durchgeführt hatte“, sagte Kommissionssprecher Henke. Dass den Akten „kein bleibender historischer Wert beizumessen gewesen sei, hat sich als nicht stichhaltig erwiesen.“

Unter den vernichteten Akten sind laut Henke auch solche über Personen gewesen, die selbst der BND für zu kriminell gehalten habe, um nach dem Zweiten Weltkrieg beim neuen bundesdeutschen Geheimdienst beschäftigt zu werden.

„Politik soll nicht gegen uns arbeiten“

Vorsitzende des Ausländerbeirats, Goharik Petrosyan, fordert Vollzeit-Stelle in Geschäftsführung

Der Marburger Ausländerbeirat möchte eine bessere Ausstattung, um seine Arbeit erledigen zu können und mehr für die Integration zu leisten.

von Anna Ntemiris

Marburg. Goharik Petrosyan ist aufgebracht, sie ärgert sich über Äußerungen von Kreispolitikern in der Diskussion um die von den Linken geforderte Gründung eines Kreis-Ausländerbeirats (die OP berichtete). Die gebürtige Armenierin ist seit einem Jahr Vorsitzende des Marburger Ausländerbeirats, ihre Rolle nimmt die Marburgerin mit sehr viel Engagement und Herzblut wahr.

„Die Politik möchte ‚zeitgemäße Integrationsarbeit‘, dann soll sie unsere Ressourcen nutzen und endlich mit uns zusammen und nicht gegen uns arbeiten“, sagt sie. Wer arbeitet gegen sie? Wer sich „neutral“ gegenüber dem Ausländerbeirat verhalte, arbeite auch gegen ihn, erklärt sie. Kein Stadtverordneter und kein Magistratsmitglied habe im vergangenen Jahr die Sitzung des Ausländerbeirats besucht. Sie wisse aber, dass Politiker zum Beispiel an den Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments oder anderen Beiräten teilnehmen.

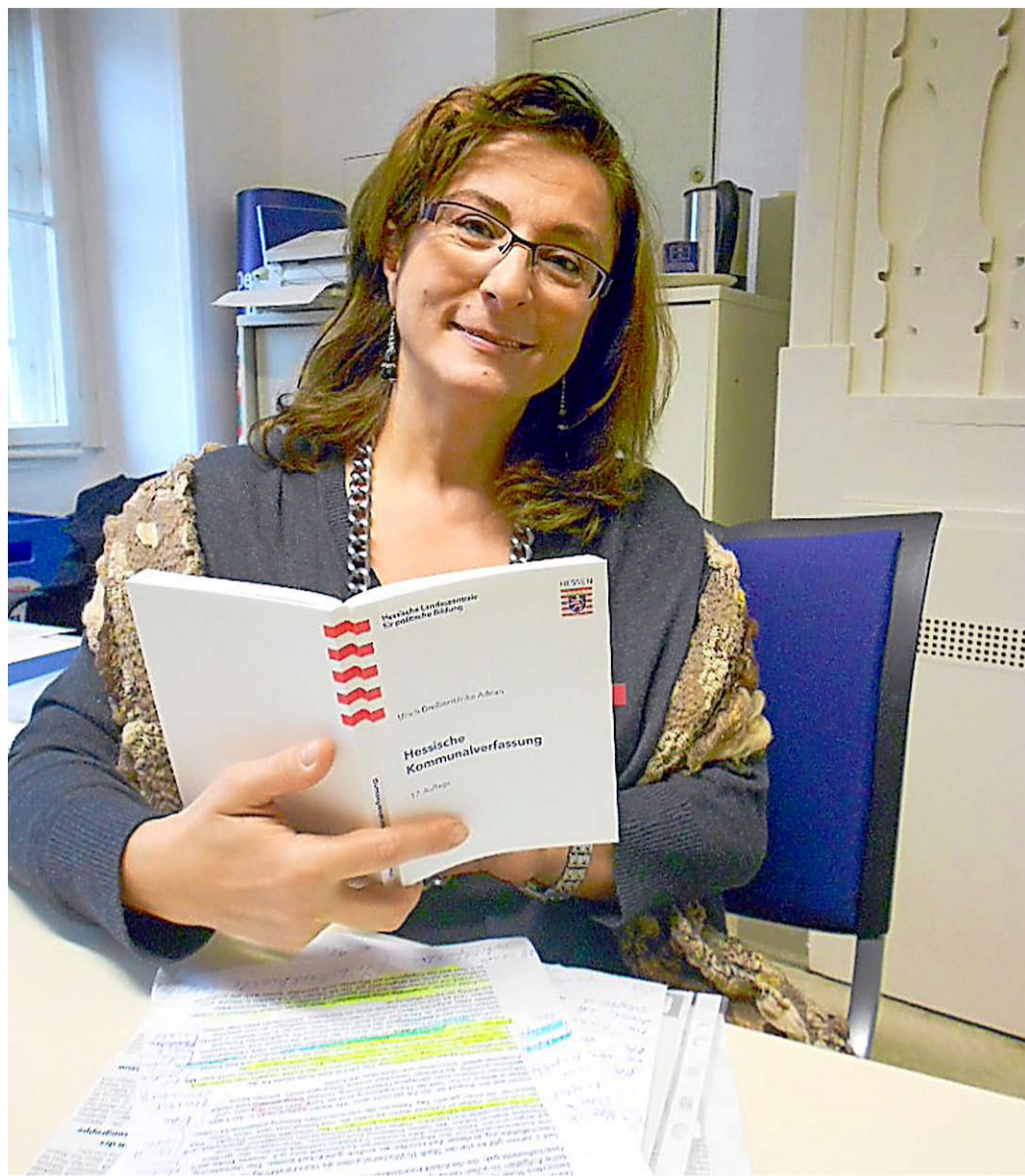
Brückenfunktion

Die Vorsitzende fordert aktive Unterstützung. Der Marburger Ausländerbeirat benötige Personal, um die Geschäftsstelle täglich geöffnet zu haben. „Wir wollen eine volle Stelle“. Seit fast zwei Jahren führt Maria Hennig als Honorarkraft zehn Stunden in der Woche die Geschäfte im Beirat, Goharik Petrosyan arbeitet ehrenamtlich, erhält dafür eine Aufwandsentschädigung. „Viele denken, wir bräuchten

eine Bürokräft, die ab und an ans Telefon geht, aber wir brauchen jemanden mit interkultureller Kompetenz, der Ideen hat und Initiativen ergreift“, betont die Beiratsvorsitzende. Aus der Honorarkraftstelle sollte eine „normale“ Stelle werden, meint sie und verweist auf die bessere Personalausstattung ihrer Kollegen in Gießen oder Wetzlar.

In Marburg war die Wahlbeteiligung mit etwa sechs Prozent sehr niedrig. Dennoch will sich das Gremium als Sprachrohr aller Migranten verstanden wissen. „Wir haben viele ausländische Studenten in Marburg, die nicht wählen gegangen sind“, erklärt Goharik Petrosyan. Nun will der Ausländerbeirat die Studenten in Kooperation mit der Uni besser einbinden und betreuen. Erst neulich hätten sich mehrere Studenten wegen ihrer Aufenthaltsgenehmigung und massiver Probleme an den Ausländerbeirat gewandt.

Ob sie nun an die Ausländerbehörde oder in Lebenskrisen gar eine psychologische Beratung vermittelt – der Ausländerbeirat sei stets eine „Brücke“. Die Stärke des Marburger Gremiums sei dabei seine Unparteilichkeit und Internationalität. „Wir haben 15 Mitglieder aus 13 verschiedenen Herkunftsländern“. Der Beirat kooperiere mit allen Vereinen und bringe so manches Mal unterschiedliche Gruppen zusammen, die sonst nicht gemeinsam etwas organisieren würden. „Wir wollen noch mehr machen“, sagt Petrosyan. „Seit der Honorarlösung sind wir kein Alibi-Beirat mehr und bekommen trotzdem nicht genügend Unterstützung“, sagt sie. Petrosyan fordert auch Mitspracherecht im Stadtparlament, etwa durch die Einbringung von eigenen Anträgen. Auch müsste der Beirat ein Anhörungsrecht bei allen Fragen rund um das Thema Schule haben, meint sie. Die Fraktion Marburger Linke



Goharik Petrosyan ist die Vorsitzende des Ausländerbeirates.

Foto: Anna Ntemiris

unterstützt die Forderung des Beirats nach einer vollen Stelle, sie hat dies für den Haushalt beantragt. Die Fraktionsvorsitzenden der Koalition, Steffen Rink (SPD) und Dietmar Göttling (Grüne), erklärten, dass eine volle Stelle nicht beabsichtigt sei. Dafür werde der Honorarvertrag verlängert. Der Magistrat hat im Haushaltsentwurf

2012 wieder 10 000 Euro für die Arbeit des Ausländerbeirats eingesetzt. „Der Ausländerbeirat macht eine sehr gute und engagierte Arbeit“, sagt Rink. Göttling weist darauf hin, dass die Forderung nach mehr Personal nicht neu ist. Er gibt zu bedenken, dass der Beirat nicht alle Aufgaben übernehmen könne. Wenn er zum Beispiel Über-

setzterdienste leiste, komme er den Dolmetschern in die Quere. Bezüglich der Mitspracherechte hat der Beirat bereits Gespräche mit Fraktionen geführt. „Alle verweisen auf die Hessische Gemeindeordnung. Die kenne ich auch“, sagt die Vorsitzende. Sie denkt, dass die Politik mehr Gestaltungsspielraum habe. Man müsse nur wollen.

Digitale Revolution erschwert Archivierung

16. Kolloquium der Archivschule Marburg beschäftigt sich mit der Aufbewahrung elektronischer Daten

Der Umgang mit digitalen Archivalien ist das Thema einer zweitägigen wissenschaftlichen Tagung der Archivschule, die gestern begonnen hat.

von Manfred Hitzeroth

Marburg. Die digitale Revolution macht auch vor den Archiven nicht halt. Waren früher noch große Lagerhallen, in denen Aktenberge archiviert wurden, typisch für die Archive, so ändert sich das seit einigen Jahren. Denn ein Großteil der Archivalien, die die öffentlichen Verwaltungen an die dafür zuständigen Archive weiter-

leiten, sind digital gespeichert und werden nicht mehr in Papierform vermittelt.

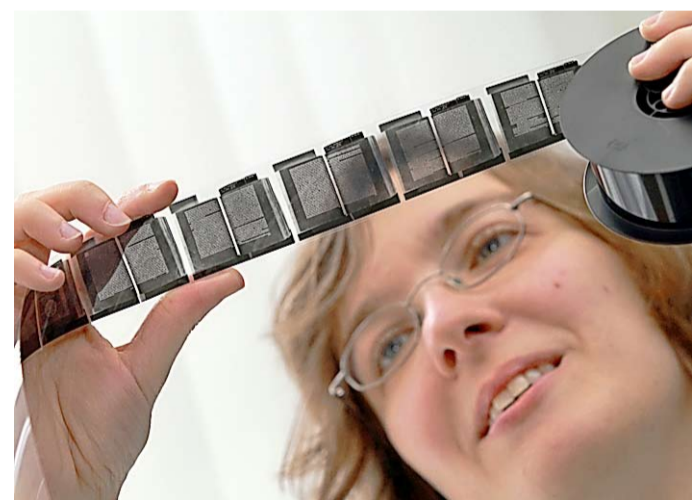
„Die Umstellung der Archivierung stellt die Archivare vor ihre bisher größte Herausforderung im 21. Jahrhundert“, erläutert Dr. Irmgard-Christa Becker, die Leiterin der Marburger Archivschule. Längst seien damit nicht nur die großen Archive wie das Bundesarchiv mit dieser Aufgabe konfrontiert, sondern auch die kleinen und mittleren Archive in den Städten und Gemeinden, die teilweise nur ein oder zwei Mitarbeiter haben.

Wohl auch deswegen erlebte das archivwissenschaftliche Kolloquium, das die Archivschule alljährlich und nun bereits zum 16. Mal veranstaltet, einen Re-

kordan Sturm. Insgesamt sind 160 Teilnehmer angemeldet – neben einigen Studierenden der Archivschule zählen dazu Mitarbeiter von Archiven. Sie suchen bei der Tagung in der Evangelischen Stadtmission nach Lösungen, um die Archivierung digitaler Datensätze in den Griff zu bekommen, bei denen die herkömmlichen Methoden der Archivierung nicht ohne weiteres angewendet werden können. Dabei macht Becker deutlich, dass die Archivare auf die enge Zusammenarbeit mit EDV-Experten angewiesen sind, die sich in einer sich immer schneller wandelnden Welt der digitalen Datenträger mit den technischen Details auskennen.

Sind Mitteilungen per Twitter archivwürdig?

Zwar benötigt die Speicherung von Daten auf elektronischem Weg deutlich weniger Raum als es bisher mit den Papierakten der Fall war. Doch dafür tauchen nun neue Probleme auf. Zum Beispiel ist noch ungeklärt, wie lange die digitalen Speichermedien aufbewahrt werden können. Die parallele Speicherung von Informationen auf elektronischem und herkömmlichem Weg kann zudem zu doppelter Aufbewahrung führen und stellt die Archivare vor weitere Hürden bei der Auswahl des Archivguts. Sind auch „Twitter“-Mitteilungen archivwürdig? Zumindest habe das Landesarchiv



Die elektronischen Speichermethoden verändern sich ständig. Die Historikerin Birthe zur Nieden betrachtet hier Texte von Urkunden, die auf Mikrofilme abgespeichert sind.

Stuttgart bereits damit begonnen, elektronische Kommentare zum Großprojekt „Stuttgart 21“ zu sammeln, erläuterte Becker.

Ziel des Kolloquiums ist es, Lösungsansätze für die Praxis in den Archiven vorzustellen. Modelle für die Archivierung digitaler Daten wurden für die größeren Archive nach dem Vorbild eines Systems entwickelt, das die US-Raumfahrtbehörde Nasa entwickelte. An der Umsetzung dieser auf Großarchive zugeschnittenen Modelle wird derzeit gearbeitet. So berichtete Stephanie Goethals aus Pfungstadt über das Projekt „Digitale Akte“ in der südhessischen Kleinstadt. Und Walter Bauern-

feind erzählte, wie sich in Nürnberg das Vorhaben „Elektronische Akte Nürnberg“ vom Pilot- zum Regelbetrieb entwickelt habe. Ein besonderer Schwerpunkt des Kolloquiums liegt auf der notwendigen Abstimmung zwischen den Verwaltungen und den Archiven. Dabei geht es unter anderem um die digitale Archivierung kommunaler Meldedaten.

Auch wenn die digitalen Akten auf dem Vormarsch sind, werden den Archiven immer noch neue Papierakten übermitteln, machte Becker deutlich. Der Trend zur Digitalisierung sei jedoch nicht mehr umkehrbar, meinte die Leiterin der Archivschule.



Zwei Stapel mit Urkunden: Verschwinden Aktenberge bald aus den Archiven?
Foto: Thorsten Richter